

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 21. Juli 1988

Blatt 1432

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Steuerreform belastet Städte und Gemeinden überproportional (1436)

Kommunal/Lokal:

Rund 150 Millionen Schilling für neue U-Bahn-Triebwagen (1433)

Verkehrsbeschränkungen beim Türkenschanzpark einen Monat früher beendet (1434)

Ehrung durch Stadtrat Häupl (1435)

Donauraum Wien: Ideen und Projekte (1437-1439)

Höhere Lebensqualität durch umweltfreundliche Heizungen (1440)

Rund 150 Millionen Schilling für neue U-Bahn-Triebwagen

Wien, 21.7. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie bewilligte in seiner letzten Sitzung Detailaufträge in einer Höhe von insgesamt 150 Millionen Schilling für Bauteile und technische Ausrüstungen der neuen U-Bahn-Doppeltriebwagen der Serie U 11. Im einzelnen handelt es sich dabei um die Lieferpositionen Schwinghebetüren, Druckluftausrüstungsteile, Geschwindigkeitsmeßanlagen sowie elektrische Teilausrüstungen, die zum größten Teil von österreichischen Herstellern stammen. Damit zeigt sich einmal mehr sehr deutlich die auftragsbelebende Wirkung, die vom Wiener U-Bahn-Bau für die heimische Wirtschaft ausgeht. (Schluß) pz/rr.

Verkehrsbeschränkungen beim Türkenschanzpark einen Monat früher beendet

Wien, 21.7. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Erneuerung des Gasrohrnetzes war im 18. Bezirk in der Max-Emanuel-Straße beim Türkenschanzpark die Auswechslung eines Hauptrohrstranges notwendig geworden, wodurch auch eine entsprechend weitläufige Änderung der Verkehrsführung in diesem Bereich vorgenommen werden mußte.

Durch die von Stadtrat Johann HATZL angekündigten Beschleunigungsmaßnahmen bei der Fertigstellung von Bauvorhaben auf den Wiener Straßen war es möglich, das prognostizierte Ende der Bauarbeiten um einen Monat vorzuverlegen. Bereits zum kommenden Wochenende, und zwar im Verlauf des Freitag, 22. Juli, werden alle Straßenzüge im Bereich des Türkenschanzparks wieder in der ursprünglichen Form für den Verkehr offen stehen. (Schluß) pz/rr

Ehrung durch Stadtrat Häupl

Wien, 21.7. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Donnerstag das Dekret „Regierungsrat“ an Oberamtsrat Franz HUSCZAWA von der MA 42 — Stadtgartenamt. Husczawa ist als Referent für Budget- und Grundstücksangelegenheiten beschäftigt. Darüberhinaus ist er langjähriger Vertreter der Stadt Wien im Praterbeirat, in der Österreichischen Gartenbaugesellschaft und ist im Verein „Niederösterreich-Wien“ tätig. (Schluß) du/rr

Steuerreform belastet Städte und Gemeinden überproportional

**Keine Einigung bei Steuerreformgesprächen
zwischen Bund und Gemeinden**

Wien, 21.7. (RK-POLITIK) Zu keiner Einigung über die Verteilung der Lasten der Steuerreform auf die einzelnen Gebietskörperschaften kam es bei einem Gespräch am 20. Juli mit Bundesminister Dkfm. Ferdinand LACINA, den Landesfinanzreferenten und den Vertretern des Städtebundes und des Gemeindebundes. Nach dem Vorschlag des Bundes beträgt der Anteil der Gemeinden an dem zu erwartenden Einnahmefall durch die Steuerreform rund 25 Prozent der Gesamtkosten der Reform, obwohl die Gemeinden am Steuerertrag nur zu 13,5 Prozent beteiligt sind. „Dies würde einem Einnahmefall von rund 2,5 Milliarden Schilling entsprechen“, erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK.

Städtebund und Gemeindebund haben sich bereit erklärt, einen Anteil an den Kosten der Steuerreform zu tragen, soweit dieser dem Anteil der Gemeinden am Steuerertrag entspricht.

Der Vorschlag des Bundes würde jedoch bedeuten, daß die Gemeinden als schwächster Partner im Finanzausgleich darüber hinaus noch mit einer knappen Milliarde zu den Kosten der Steuerreform beitragen. „Eine derartige Vorgangsweise wird sowohl vom Österreichischen Städtebund als auch vom Österreichischen Gemeindebund abgelehnt; sie ist auch deswegen unverständlich, weil die Gemeinden ständig neue Aufgaben, wie z. B. im Umweltschutz und im Sozialbereich zu bewältigen haben“, sagte Pramböck.

Eine Beamtengruppe soll nun neue Variantenberechnungen durchführen. Der Österreichische Städtebund erwartet, daß der Bund ein Angebot macht, wie die überproportionale Belastung der Gemeinden als Folge der Steuerreform abgegolten werden kann. „Eine rasche Einigung ist vonnöten, da die Gemeinden sonst für 1989 vorgesehene Investitionen zurücknehmen müssen“, schloß Pramböck. (Schluß) red/rr

Donauraum Wien: Ideen und Projekte

Wien, 21.7. (RK-KOMMUNAL) Die neugestaltete Ausstellung „DONAURAUM WIEN — Ideen und Projekte“ stellte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gemeinsam mit Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Vertretern der Donaukraft Donnerstag bei einem Pressegespräch vor. Die Ausstellung im Info-Zentrum Donauraum, Im Messepalast, Halle P, zeigt einen Überblick über das gesamte Wettbewerbsverfahren „Chancen für den Donauraum Wien“ mit seiner Vielzahl von Ideen und Projekten, die teilweise die ganze Stadt betreffen. Die Ausstellung — konzipiert als ständige „Werkstatt für Ideen“ — ist ab sofort zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9 bis 16 Uhr, Dienstag von 9 bis 19 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr (an Samstagen und Feiertagen ist die Ausstellung geschlossen).

Die Donauraum-Ausstellung ist auch Grundlage für eine Wanderausstellung für die Wiener Gemeindebezirke für Herbst 1988. Ein soeben fertiggestellter Videofilm dokumentiert die gesamte Themenvielfalt. Das INFO-ZENTRUM DONAURAUM bietet auch einen Rahmen für Diskussionsveranstaltungen zu den einzelnen Themen, auch eine Fachbibliothek steht zur Verfügung. Führungen durch Fachleute können unter der Telefonnummer 93 73 66 oder 42 800/3972 DW angemeldet werden.

Weitere Vorgangsweise in der Donauraumplanung

Wie Stadtrat Dr. Swoboda erklärte, solle die Wiener Bevölkerung über die gesamten Vorhaben der Donauraumplanung im Rahmen einer Kampagne informiert und im Sinne der bereits vor Wettbewerbsbeginn eingeleiteten Bürgerbeteiligung (1. und 2. BÜRGERVOTUM) in den weiteren Entscheidungsprozeß eingebunden werden.

Bereits in Arbeit ist im Zusammenhang mit der Errichtung des Hauptsammelkanals die Neugestaltung des Donaukanals. Swoboda stellte dazu fest, daß die Wasserqualität des Donaukanals — entgegen aufgestellten Behauptungen — durch ein eventuelles Kraftwerk Freudenau nicht betroffen wäre. Der geplante Kraftwerksstandort liegt oberhalb der Donaukanaleinmündung. Daher ist auch keine Beeinträchtigung des Wassers im geplanten Stauraum gegeben, da die Kläranlage ihre Abwässer nicht in die Donau, sondern in den Donaukanal entsorgt.

Modell Kraftwerk Freudenau präsentiert

Im INFO-ZENTRUM DONAURAUM ist ab sofort auch ein Modell des geplanten Kraftwerkes Freudenau zu sehen. Dieses Modell entspricht dem Siegerprojekt aus dem Wettbewerb und wird von der DONAUKRAFT für das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren eingereicht. Die Stadträte Dr. Häupl und Dr. Swoboda präzisierten im Pressegespräch die Haltung der Stadt Wien zu diesem Vorhaben. Sie zitierten dabei aus der Stellungnahme, die das Amt der Wiener Landesregierung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 12. Juli 1988 abgegeben hat und in der es unter anderem heißt:

„Gegen eine Erklärung des vorliegenden Projektes zum bevorzugten Wasserbau bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, jedoch kann seitens der Stadt Wien eine endgültige Zustimmung erst dann gegeben werden, wenn folgende wichtige Vorbedingungen erfüllt sind:

1. Die Ergebnisse einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegen, wobei die im Zuge des Projektes Donauraum Wien erarbeiteten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können.
2. Schritte zur Schaffung des Nationalparks Donauauen hinsichtlich der in Wien gelegenen Teile gesetzt werden und

3. die Meinung der Wiener Bevölkerung hiezu in Erfahrung gebracht worden ist.

Jedenfalls wären vor einer endgültigen Entscheidung im Rahmen des Verfahrens zum bevorzugten Wasserbau die oben angeführten Bedingungen zu erfüllen.

Die angeführte Umweltverträglichkeitsprüfung müßte insbesondere auch die städtebauliche, ökologische und landschaftliche Einbindung des Projektes einschließlich der Maßnahmen im gesamten Stauraum in den städtischen Raum umfassen. Ebenso wäre eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile und die Gegenüberstellung alternativer Handlungsmöglichkeiten einschließlich der Nullvariante vorzunehmen. Dabei sollte von den Empfehlungen des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum“ ausgegangen und die städtebaulichen Leitvorstellungen der Stadt Wien berücksichtigt werden.

Über die getroffenen Feststellungen zur beantragten Bevorzugungserklärung hinaus müßten aber auch im endgültigen Projekt insbesondere noch zu folgenden Punkten die notwendigen Klarstellungen erfolgen:

1. Wie wird im Detail die Qualität und Ergiebigkeit des Grundwasserwerkes Lobau gesichert?
2. Wie wird die erforderliche Wasserqualität der Neuen Donau gewährleistet?
3. In welcher Weise werden die bestehenden Einleitungen in den künftigen Stauraum (z.B. Kühlwasser) berücksichtigt?
4. In welcher Weise wird der Stauraum gestaltet und welche Auswirkungen sind auf die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten im Stauraumbereich zu erwarten?
5. Wie wird die Nationalpark- und Erholungsregion Donau-Marchauen entsprechend den Absichtserklärungen Wiens und Niederösterreichs berücksichtigt?
6. Durch welche Betriebsanordnung (Pumpleitung, Anpassung von Pumpzeiten an den natürlichen Wasserstandsgang der Donau u.a.m.) soll die vorgesehene Grundwasserbewirtschaftung im 2. und 20. Gemeindebezirk mittels eines Dichtwandkastensystems erreicht werden?
7. Welche Vorkehrungen wurden getroffen, um negative Auswirkungen (z.B. durch Baumaßnahmen) auf den Wiener Hafen zu verhindern bzw. auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken?“
(Auszug aus der Stellungnahme)

Die Stadt Wien wird über das Kraftwerksprojekt in einem Paket mit den übrigen Vorhaben im Donauraum informieren. Als möglichen Termin für eine Befragung der Wiener Bevölkerung nannte Stadtrat Dr. Swoboda das Frühjahr 1989.

Alte Ortskerne

Entsprechend den Jury-Empfehlungen für den Wettbewerb Donauraum und den aktuellen Entwicklungen sind die Ortskerne einerseits städtebaulich wertvolle Siedlungsansätze der Stadtrandzone, andererseits starken funktionellen und gestalterischen Veränderungsprozessen unterworfen. Ein von der Stadt Wien in Auftrag gegebenes Konzept soll unter Beachtung der spezifischen Unterschiede diesen dynamischen Prozeß in Szenarien und Handlungsstrategien unter Einbindung der Bevölkerung aufzeigen.

Weltausstellung

Stadtrat Dr. Swoboda verwies auf die bereits angekündigte Vorgangsweise bei der Wahl des Standortes:

Forts. von Blatt 1437

Forts. auf Blatt 1439

Derzeit erfolgt die Bewertung der Standorte für die geplante Weltausstellung. Das Ergebnis soll Mitte August vorliegen, im September-Gemeinderat erfolgt dazu eine Mitteilung durch den Stadtrat. An den untersuchten Standorten sind weitere Entwicklungsmöglichkeiten mit zu überlegen. Die Weltausstellungsdiskussion darf in keinen Fall zu einem Streit über den Standort führen. Die Idealvorstellung lautet: Die Wiener/innen müssen zur Weltausstellung „ja“ sagen. Ein zentraler Standort scheint unabdingbar notwendig zu sein, es sind aber auch Nebenstandorte denkbar, die eine Vielfalt von Aktivitäten auch seitens alternativer Gruppen ermöglichen.

Forts. von Blatt 1438

Zentralbahnhof

Obwohl die tatsächliche Notwendigkeit eines Zentralbahnhofes nie wirklich durchdiskutiert worden ist, haben sich die ÖBB offenbar auf einen Standort Südbahnhof festgelegt, der auch seitens der Stadt Wien bevorzugt wird. Es ist in jedem Fall eine Kostenminimierung anzustreben und eine optimale Anbindung an das innerstädtische Verkehrssystem herzustellen. Über die Anbindung der Westbahnstrecke an den Zentralbahnhof soll noch eingehend diskutiert werden. Eine gänzliche Auflassung des Westbahnhofes ist vor allem im Hinblick auf den Regionalverkehr und die Anbindung an die U 3 nicht vorstellbar. (Forts.mgl.) lf/rr/bs

Höhere Lebensqualität durch umweltfreundliche Heizungen

Wien, 21.7. (RK-KOMMUNAL) Der Einbau umweltschonender Zentralheizungsanlagen anstelle umweltbelastender Einzelheizungen bei großen Wohnanlagen wird nicht zuletzt zur Verbesserung der Lebensqualität auf der Grundlage der Bestimmungen des Wohnhaussanierungsgesetzes durchgeführt. Derzeit beginnt in einer großen Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße 190-192/Wilhelm-Kreß-Platz 29-30, der nachträgliche Einbau einer Zentralheizungsanlage in Form der Grundinstallation für die gesamte Wohnhausanlage mit 903 Wohnungen und drei Lokalen sowie der Wohnungsinstallation in 225 Einheiten. (Schluß) pz/rr